

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes

christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Gutmann in Düsseldorf 61, Corneliustr. 68. Berichte, kleine Beiträge etc. sind zunächst an den betr. Bezirksvorstehenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 2 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. A

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von Joh. van den Kerkhof, Luth. Kirchstr. 66. 2323233 Fernsprech-Nr. 1358. VERBAND

Nr. 35. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 28. August 1909. Fernsprech-Nummer 4423. 11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Wie der „deutsche“ Textilarbeiterverband die Interessen seiner Mitglieder vertritt! — Wozu die Hege? — Zum Stand der sozialen Gesetzgebung. — Aus dem Bericht der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft für 1908. — Feuilleton: Die soziale Frage der Zeit. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsverhältnisse: Delmenhorst. — Berichte aus den Ortsgruppen: Uhuß. — Borgdorf. — Grefath. — Lautendach (Ober-Elsaf). — Aus unserer Industrie: Greiz. — Das Exportgeschäft in der Textilbranche wird lebhafter. — Gewerkschaftliches: Aus unseren Verbänden: Zweifelhafte Freunde. — Aus gegnerischen Organisationen: Ein faulerer Agitator. — Und das wollen Arbeitervertreter sein? — Die Sozialdemokratie als Hort der Meinungsfreiheit. — Aus Arbeitgeberkreisen: Der Verband sächsisch-thüringischer Weberinnen. — Allgemeine Handlung: Allgemein: Die Tätigkeit der kommunalen Arbeitsnachweise. — Die Berufungsladungsgefahr bei Frauen und Männern. — Und doch sozialdemokratische Konsumvereine! — Berichtigung. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Ventilation gefordert. Dabei müßten Ueberstunden in ganz unglaublich erschwerender Weise geleistet werden. 50 bis 60 Ueberstunden in einer 14tägigen Lohnperiode waren durchschnittlich an der Tagesordnung, es wurden aber oft sogar 100 und noch mehr Ueberstunden in diesem Zeitraum von Arbeitern geleistet.

Kann man es bei solch traurigen Verhältnissen den Arbeitern verdenken, daß sie ernstlich bestrebt waren, einem berattigen Raubzug an ihren Körperkräften, an ihrer Gesundheit entgegen zu arbeiten? — Kann man es verurteilen, wenn die Arbeiter einen Lohn forderten, der es ihnen ermöglichte, auch ohne eine solch übermäßige Ueberstundenleistung ein halbwegs anständiges Dasein zu fristen? — Gewiß nicht!

Nun waren die Arbeiter einer Packtuba schon mehrmals beim Direktor um Aufhebung ihrer Löhne vorstellig geworden. Eine solche wurde ihnen denn auch für die „nächste Zeit“ in Aussicht gestellt; allein, die Arbeiter warteten vergeblich. Als sie nun Ende Juni wieder mal vorstellig wurden, erklärte der Direktor, daß er nicht nur keine Lohnzulage geben könne, sondern noch einen Lohnabzug für sämtliche Arbeiter zu machen beabsichtige. Er suchte dies mit dem Fehlen von Aufträgen zu begründen. Die Arbeiter meinten nun, wenn der Geschäftsgang wirklich so schlecht sei, dann solle man doch zuerst mal die Ueberstundenarbeit einstellen. Das wollte nun der Direktor so verstanden haben, daß die 11 Packtubenarbeiter in Zukunft keine Ueberarbeiten mehr leisten wollten, was von den Arbeitern aber ganz entschieden bestritten wird. Allein, der Direktor kündigte diesen 11 Arbeitern sofort, resp. setzte vier davon gleich auf die Straße.

Durch diese Maßregelung und durch die angekündigte Lohnreduzierung bemächtigte sich der Arbeiterschaft natürlich eine große Erregung. Eine Belegschaftsversammlung sollte sich mit der Angelegenheit befassen. Der Besuch war ein überaus starker, das Lokal erwieb sich als viel zu klein. Außer dem Gauleiter Steinbrink vom „deutschen“ Textilarbeiterverband war auch Kollege Hamacher als Vertreter unseres Verbandes anwesend. Doch wurde letzterer schon bald nach Eröffnung der Versammlung wegen plötzlichen Krankheitsfalles in der Familie telegraphisch nach Hause gerufen. Kaum hatte derselbe das Lokal verlassen, da witterte Gauleiter Steinbrink ganz gewaltig. Gegen das Vorgehen des Direktors, wird nun wohl jeder denken. Ja Kuchen, gegen unseren Verband. Galt es doch, die mitanwesenden Unorganisierten für die „deutsche“ Organisation zu gewinnen. Und um seinen Verband besser herauszuringen und empfehlen zu können, glaubte Steinbrink unseren Verband tüchtig herunterreißen zu müssen. Das ist nun einmal so die Manier der führenden „Größen“ des roten Verbandes. Um die Unorganisierten aber ganz sicher für den roten Verband zu kapern, gingen die Mitglieder deselben bei ersterem mit der verlogenen Behauptung hausieren: kommt nur zu uns, wenn's jetzt bei der Firma zum Kampfe kommt, erhalten ihr bei uns gleich Unterstützung, während ihr bei den Christlichen erst eine längere Karenzzeit bestehen müßt. Durch diese unlautere Agitation wurden denn auch eine Anzahl Aufnahmen von den „Deutschen“ gemacht.

Gauleiter Steinbrink und der Arbeiterausschuß sollten nun zwecks Beilegung der Differenzen mit dem Direktor verhandeln. Das geschah. Und was wurde erreicht? — Der Direktor gibt durch Werksanschlag für den 12. Juli einen Lohnabzug von 10% für sämtliche Arbeiter bekannt, entläßt sofort 50 Arbeiter und kündigt tags darauf auch noch weiteren 100 Arbeitern! Auch die Mitglieder des Arbeiterausschusses werden gemäßigelt. — Also anstatt die Packtubenarbeiter wieder einzustellen und ihnen die längst versprochene Lohnzulage zu bewilligen, macht man ungefähr 500 Arbeitern trotz der niedrigen Lohnsätze einen Lohnabzug von 2-3 Mk. pro Woche und sucht durch eine unerhörte Massenmaßregelung die Arbeiter geßig zu machen und gleichzeitig die Organisation zu vernichten. — Daß ein derartiger Schlag gegen die Arbeiterschaft und gegen die Organisationen mit allen zu Gebote stehenden erlaubten Mitteln abgewehrt werden mußte, darüber waren sich nicht nur sämtliche dort beschäftigten Arbeiter, sondern die Gesamtbevölkerung der Hohenlimburger, die natürlich auf Seiten der Arbeiter stand, von vornherein klar.

An einer von weit über 400 Arbeitern besuchten Belegschaftsversammlung, welche am 2. Juli im Spieltheater Saal am Homacher tagte, in welcher auch die Vertreter der Gewerkschaften — „deutscher“ Textilarbeiterverband, „deutscher“ Metallarbeiterverband, Internationaler Druckerverband und christlicher Textilarbeiterverband — anwesend waren, wurden die ganz erheblichen Lohnabzüge sowie die Massenmaßregelungen der organisierten Arbeiter von sämtlichen Rednern scharf verurteilt und einstimmig beschlossen, daß

1. zur Schlichtung der Streitigkeiten unzeräglich das Kreisgewerbegericht angerufen werden solle und
2. die Organisationsvertreter sofort bei ihren Verbandszentralen die Genehmigung zum Abwehrkampf einholen sollten, damit, falls eine gütliche Einigung am Gewerbegericht nicht zu erzielen ist, sofort der Kampf aufgenommen werden kann.

Das Gewerbegericht wurde seitens der Arbeiter sofort um Vermittlung angerufen; die Firma lehnte aber die Vermittlung nicht ab. Was nun? — Bleibt nur noch ein Mittel übrig und zwar, das von der Diktation der Arbeiterschaft auf-

gedrungenen Kampf aufzunehmen und die Kündigung einzureichen.

Und die Arbeiter drängten darauf. Sie vermeinten ganz bestimmt, die Streikgenehmigung zu haben. Alles war auf einen Kampf gefaßt. Denn eine Organisation, die — um einmal im Tone des roten „Textilarbeiters“ zu reden — einen solch unerhörten Raubzug an die Hungerlöhne der armen Blaudruckarbeiter ruhig ansehen kann, ohne auch nur ernstlich den Versuch zu machen, den Arbeitern wenigstens ihre bisherigen, vollständig unzureichenden Löhne zu erhalten, eine Organisation, die für die Wiedereinstellung durch brutale Unternehmervillwäre massenhaft gemäßigelten organisierten Arbeiter nicht mit allen Mitteln eintritt, eine solche Organisation hat das moralische Recht verwirkt, sich Arbeiterorganisation zu nennen und vorzugeben, die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen zu können. Ein „gelber“ Verband, eine Unternehmervillwäre würde sich berattigen nicht so ohne weiteres bieten lassen. Und die Textilarbeiter und -Arbeiterinnen, die sich noch in einem solchen Verbande organisieren, zahlen ihre Beiträge nutzlos, sie haben auf keine Aufbesserung ihrer Lebenshaltung jemals zu rechnen.

So und noch weit schärfer würde das rote Textilarbeiterorgan schreiben, und der gesamte rote Blätterwald nebst allen großen, kleinen und kleinsten Agitatoren würden diesen Arbeiterverrat brandmarken, wenn Mitglieder eines christlichen Verbandes auch nur eine annähernd ähnliche Verhandlung geboten worden wäre und dieser Verband den aufgezwungenen Kampf nicht aufgenommen und bis zum äußersten durchgefochten hätte.

Und was geschah seitens des roten Textilarbeiterverbandes in Hohenlimburg? In verschiedenen Sitzungen der Vertrauensleute, wo von den Arbeitern auf Einreichung der Kündigung gedrängt wurde, begann der Gauleiter Steinbrink die schlimmsten Vorwürfe zu machen, aber nicht etwa dem Direktor, sondern — den Mitgliedern seines Verbandes! Wie konnten sich die armen Packtubenarbeiter unterstellen, den Direktor an die Einlösung seines Versprechens zu erinnern. Wie konnte auch der Arbeiterausschuß für die entlassenen und gekündigten Arbeiter eintreten. Das war zu radikal vorgegangen, so meinte Steinbrink.

Die Arbeiter gaben ihm aber zur Antwort, früher habe er ihnen mehr als einmal vorgeworfen, sie seien nicht radikal genug, sie stießen sich viel zu viel von ihrem Direktor bieten. Und jetzt solle der Direktor Arbeitern gegenüber erklärt haben, sie sollten nur hübsch auf ihren Herrn Gauleiter Steinbrink hören und schön befolgen, was der ihnen rats. Das sei noch ein Mann, mit dem man umgehen könne, wenn sie dem folgen würden, dann würde es ihnen gut gehen. Aber mit den Arbeitern, mit dem Arbeiterausschuß, da könne man nicht mit einig werden.

Ja, ja, in den Versammlungen radikale Phrasen drehen, den Arbeitern alles Mögliche und Unmögliches versprechen, solange es nichts kostet, ist ein gar billiges Vergnügen. Aber hier half kein Maulspitzen mehr, hier mußte gepöppelt werden und da kostete es Geld. Böswillige Jungen behaupteten aber, solches sei beim „deutschen“ Textilarbeiterverbande noch rarer wie im „deutschen“ Reichssäckel, deshalb lasse auch die Genehmigung zur Führung des Abwehrkampfes gar so lange auf sich warten.

Die Arbeiter wurden schon ungeduldig, da kam die Nachricht, der Zentralvorstehende des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, Herr Carl Hübsch aus Berlin käme am 12. Juli nach Hohenlimburg, der bringe den großen Geldsack des Verbandes gleich mit und dann solle der Firma mal gezeigt werden, wie der mächtige „deutsche“ Textilarbeiterverband seine Mitglieder zu schätzen verstehe. Neuer Kampfesmut und frohe Hoffnungen auf den zu erringenden Sieg besetzte die Arbeiter. Und Herr Carl Hübsch kam; der große Geldsack soll um und umgeben und dann gründlich ausgepöppelt worden sein, aber nur eine mächtige Staubwolke, die schon recht lange gelagert, sei ihm entquollen. Selbst, als man ihn einer gründlichen Reinigungsprozedur in den Fluten der Lenne unterzogen und alle die alten, geschnappten Fakten auseinandergezogen, habe sich noch immer nichts „Bares“ herausholen lassen. Kurz und gut: Die Genehmigung zum Kampfe wurde nicht gegeben! Die Arbeiter sollten die erheblichen Lohnreduzierungen ruhig hinnehmen und sich in Massenmaßregeln lassen. Es wäre ja in diesem Falle eine dreifache Annäherung, von dem „allmächtigen“ Textilarbeiterverbande zu verlangen, daß er seine Mitglieder gegen solche horrenden Lohnabzüge schütze, für die Wiedereinstellung der gemäßigelten Mitglieder ganz energisch eintrete. Da hat der brave „deutsche“ Verband nötigeres zu tun. Der muß als Verweisorganisation Parteipolitik treiben; Arbeitsbrüder aufeinanderheben; Arbeiterführer, die im Dienste für die Arbeiterfrage grau geworden sind, in der schärfsten Weise verleumben. Und das alles zur „größeren Ehre“ des „deutschen“ Verbandes, zum Ruhm und zur Freude der Scharfmacher und zum Schaden der armen Arbeiter.

Freilich dachten die Hohenlimburger Arbeiter anders. Sie sagten den führenden Größen und besonders dem wackeren Gauleiter Steinbrink gründlich die Meinung. Allein was half's. Steinbrink suchte

einen Prügelknaben, der für ihn der empörrten Arbeiterschaft ausgeliefert werden sollte. Alle sollten Schuld sein; erst die eigenen Mitglieder, dann die Metallarbeiter und zuletzt gar der Redakteur des „Gemeinnützigen“, eines Hohenlimburger Lokalblattes, der für die Arbeiter eingetreten war; nur er, Steinbrink und die Verbandsleitung, waren unschuldig. Endlich bewilligte man dem gemäßigten Arbeitern Arbeitslosenunterstützung und einigen Auserwählten Maßregelungsunterstützung.

Die Erregung ob solch kläglichen Kapitulationsvor der Verksleitung, die in den Arbeiterkreisen herrschte und wohl zu verstehen war, läßt sich denken. In einer Sitzung bei Knapp am 15. Juli wurde dem Gauleiter Steinbrink derart gründlich von seinen eigenen Leuten die Wahrheit gesagt, daß er es vorzog, in der Fabrikversammlung am 17. Juli, wo es für sein und seiner Organisation Verhalten Rechnung ablegen sollte — gar nicht zu erscheinen. Doch die Arbeiter hatten ihm noch vieles zu sagen und luden ihn deshalb nochmals schriftlich zu einer Fabrikversammlung auf den 22. Juli ein, um, wie es in einer Notiz im „Gemeinnützigen“ hieß, „wegen seiner tatsächlichen Maßnahmen und des Verhaltens der Organisation zu rechtfertigen.“ Und Steinbrink kam, sah, hörte und — verschwand plötzlich im nächsten Straßenbahnwagen, ohne den Verlauf der Versammlung abzuwarten und ohne von seinen Leuten Abschied zu nehmen. Auch schien ihm eine Begleitung seitens seiner Mitglieder nicht erwünscht zu sein. Der arme August! Er trägt doch wahrhaftig keine Schuld, daß die Hohenlimburger Textilarbeiter seine Phrasendrescherei und seine Verpöppelungen für bare Münze genommen. Und er kann doch auch nichts dafür, daß, wie böse Menschen behauptet hatten, im salterreichen Zinnere des großen Verbandes gelbes nur Staub geblieben habe. Auch ist es nicht seine Schuld, wenn die Arbeiter der Hohenlimburger Blaudruckfirma Moritz Ribbert u. Co. in ihrem beschränkten Unternehmervstande die weiße getroffenen taktischen Maßnahmen August's des Starcken nicht fassen konnten und zu seinen Zukunftsplänen kein Vertrauen hatten.

Was ist nun das Resultat dieser vom großen Verband „deutscher“ Textilarbeiter so „glorreich“ geführten Abwehrbewegung? Für die armen Arbeiter 10% Lohnabzug, beträchtlicher Verdienstaussfall durch die Massenmaßregelungen und eine gründliche Revidierung ihrer bisherigen Ansichten über die Arbeiterinteressenvertretung des großen Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter. Für den Verband ein Schiefbarren voll aller Mitgliedsbeiträge, weil die . . . Arbeiter zu einer derart patentierten Arbeiterorganisation auch den letzten Rest des Vertrauens verloren haben.

Und nachdem Herr Carl Hübsch dieser Bewegung das Genid umgedreht, fuhr er siegesfroh heim und kurz nachher erschien im roten Textilarbeiter jener bekannte Schlachtruf: „Heraus aus dem christlichen Textilarbeiterverband! Hoch der Verband deutscher Textilarbeiter!“ der seine Mitglieder in Hohenlimburg in der schmählichsten Weise im Stiche gelassen und sie der Willkür des Unternehmers schutzlos preisgegeben hätte. Doch über den ruhmreichen Ausgang dieser Bewegung weiß das rote Organ nichts zu berichten. Durfen das die Mitglieder nicht erfahren? Vielleicht setzt sich eine der führenden Größen des „freien“ Textilarbeiterverbandes auf seinen Hohenlimbuden und schreibt eine Broschüre über diese vom allmächtigen „deutschen“ Verbande geführte Bewegung unter dem Titel:

„Ein Denkmal „freier“ Schande oder der Arbeiterverrat von Hohenlimburg!“

Wozu die Hege?

Unter dieser Rubrik erhalten wir folgende Schrift:

Wohl hatten wir uns daran gewöhnt, daß das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes nach treuer Kalkulation die Geschäfte der Sozialdemokratie besorge, aber für die infernale Hege des „Textilarbeiters“ gerade in der jetzigen Zeit — dafür fehlt den Arbeitern, auch einem großen Teil der Mitglieder des roten Verbandes, jedes Verständnis. Macht sich doch jetzt in den verschiedenen Gegenden und Branchen wieder ein etwas flotter Geschäftsgang bemerkbar. Die aufsteigende Konjunktur aber sollte uns Arbeitern die längst ersehnte Gelegenheit bieten, die uns während der Krise geschlagenen Wunden zu heilen oder doch wenigstens zu lindern. Und jetzt? Der „Textilarbeiter“ hat durch seine infame Hege Verwirrung, Uneinigkeit, Haß und Kampf in die Arbeiterschaft getragen, er hat die Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage für absehbare Zeit einfach unmöglich gemacht, denn zur erfolgreichen Durchführung von Lohnbewegungen ist die Einigkeit der Arbeiter notwendige Voraussetzung — und diese Einigkeit hat der „Textilarbeiter“ zerflört.

Aber der „Textilarbeiter“ begnügt sich nicht damit, daß er die Arbeiter durcheinanderbringt und dadurch auch den Unorganisierten den Eintritt zur Organisation verweigert; der „Textilarbeiter“ erstrebt den Gipfel des Arbeiterverrats, indem er

den Unternehmern direkt die Worte in den Mund legt, mit denen sie die Forderungen der Arbeiter ablehnen sollen.

Der Grund für die infame Handlungsweise des Textilarbeiters erblicken manche Arbeiter darin, daß der sozialdemokratische Textilarbeiterverband durch seine tolle Streitakt in den letzten Jahren seine Kasse völlig erschöpft habe und jetzt durch seine Forderungen die Lohnbewegungen unmöglich machen wolle, um seine Kasse wieder zu füllen.

Der Hauptgrund für den Arbeiterverrat des Textilarbeiters liegt aber tiefer:

Im Interesse der Sozialdemokratie betreibt der Textilarbeiter Arbeiterverrat, weil ihm die Revolutionierung der Arbeiter höher steht als das Wohl der Fruchte, die der Tag gereift.

Der Textilarbeiter befolgt eben die Taktik, welche den Freien in der Neuen Zeit durch den Genossen Heise empfohlen wurde. Heißt es doch in der Neuen Zeit wörtlich:

„Woher wird auch auf unserer Seite eine solche Taktik zuerst Opfer kosten, morsches Holz und dürrer Zweige wird der Sturmwind von dem Stamme fegen, aber lebendige Kraft schwellt grüne Knospen aus neue. Eine solche Taktik verlangt von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften eine außerordentliche Selbsterziehung, ein zeitweiliges Weglassen mit vorhandenen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die durch gemeinsames Zusammenwirken der bestehenden Organisationen zu verbessern wären. Daher kann diese Taktik nur angewandt werden, wenn eine durchgreifende theoretische Aufklärung vorangeht. Bedeutet sie doch für den Gewerkschaftler einen zeitweiligen Verzicht auf alle Augenblickserfolge. Aber höher als das Pflichten der Fruchte, die der Tag gereift, steht wohl das Ziel, die Arbeiter zu sammeln unter der Fahne, deren Sternzeichen zum Kampfe wider den Kapitalismus heißt: Gelingt uns dies, dann ist der Sieg unser.“

Dem Textilarbeiter wird sein saubere Plan nicht gelingen. Die Arbeiterschaft in der Textilindustrie ist viel zu vernünftig, um im Interesse der Sozialdemokratie und der Scharfmacher einen gegenseitigen Zerfleischungskampf zu führen. Nicht verzichtet werden wir auf die Früchte, die der Tag gereift, denn dieselben sind ohnehin für die Textilarbeiter lang genug bemessen, dank der mangelhaften Organisationsverhältnisse in der Textilindustrie und dank der Verheerungsarbeit des Textilarbeiters. Auch den, durch die neuen Verbrauchssteuern auf den Arbeiterhaushalt anfallenden Mehrausgaben werden wir Textilarbeiter nicht gutwillig auf unser ohnehin so spärliches Budget übernehmen, ob sie nun der alte Blut in Höhe von 400 Millionen bewilligt hätte oder ob sie jetzt beim neuen Blut nur 365 Millionen betragen.

Wir haben keine Ursache und keine Lust, die besteuerten Steuern alle zuzubehalten, und unser Zentralvorstand hat ja auch im Gegenzug zu seiner Partei, gegen die notwendigen Verbrauchssteuern gestimmt; aber der Textilarbeiter und seine politischen Freunde sind nicht berechtigt, Kritik an der Steuerpolitik bürgerlicher Parteien zu üben. Eine Partei, welche den Staatskassen einfach in den Saupf zerren will, kann sich nicht beschweren, wenn andere den Karren nicht auf dem rechten Geleise halten.

Aber gerade die Hege des Textilarbeiters und seiner politischen Freunde haben eine Verteuerung der notwendigen Bedarfsartikel verschuldet, wie sie selbst durch die Verwirklichung der Steuerpläne aller und neuer Blöcke auch nicht annähernd wäre erreicht worden. Sollten doch die Arbeiter und besonders die Arbeiterfrauen recht zurecht gemacht werden, und daher wurde die durch die neuen Steuern veranlaßte Verteuerung der Arbeiterhaushaltung vom Textilarbeiter auf 50 bis 100 Mark jährlich angegeben. Flugs gaben sich Fabrikanten und Händler ans rechnen und fanden, daß sie dabei das vier- und fünffache der neuen

Steuererhöhung in die eigene Tasche stecken konnten. Die rote Gewerkschafts- und Parteipresse hatte ja das Publikum vorher genügend präpariert. Daß sich die Fabrikanten und Händler diese günstige Gelegenheit nicht vorbegehen ließen, geht aus folgenden Zusammenstellungen hervor, die dieser Tage die Kunde durch die Presse machte:

	Steuerbetrag	Verfügbare Preiserhöhung
Bier	100 Mill. Mark	720 Mill. Mark
Zobal	43	160
Branntwein	80	280
Streichhölzer	26	33
Kaffee	35	54
	284 Mill. Mark	1247 Mill. Mark

Der erstere Posten (284 Mill.) kommt auf das Konto der bürgerlichen Steuerbewilliger, der zweite dagegen (1247 Mill.) wäre auf das Konto der Hege des Textilarbeiters und seiner politischen Freunde zu setzen. Vergeblich wird der Textilarbeiter die Arbeiter glauben machen wollen, daß diese Erhöhung bei allen Steuereinführungen zutage tritt. Haben denn die Händler bis jetzt aus purer Gutmütigkeit von einer Erhöhung der Warenpreise Abstand genommen? Sie haben das dem Publikum einfach nicht zu bieten gewagt, aber nachdem ihnen durch die sozialdemokratische Hege der Boden derart geebnet war, da glauben sie einen guten Fischzug machen zu können. Der Deutzug auf die Taschen der Arbeiter wird den Fabrikanten und Händlern dauernd nicht gelingen.

Sobald den durch die rote Hege aufgebrachten sozialdemokratischen Arbeitern das ruhige Blut wiederkehrt (und das wird zum größten Leidwesen des Textilarbeiters recht bald geschehen), werden sie wieder gemeinsam mit den christlich-organisierten Arbeitern danach trachten, die Früchte zu pflücken, die der Tag gereift, um ihre Interessen sowohl als Produzenten wie auch als Konsumenten zu schützen und zu verteidigen.

Zum Stand der sozialen Gesetzgebung.

Der Reichstag ist wider Erwarten diesmal anstatt verlagert, geschlossen worden, und auf Grund eines veralteten Journalismus der Geschäftsordnung fallen alle Vorlagen, Petitionen und Anträge, über die noch nicht Beschluß gefaßt ist, ohne Rücksicht auf das Stadium der Beratungen, unter den Tisch. Damit fallen auch zwei wichtige Gesetzesvorlagen, das Arbeitskammergesetz und die große Gewerbeordnungsnovelle. Beide waren beinahe fertig beraten. Ueber das Arbeitskammergesetz lag der Kommissionsbericht vor. Die Gewerbeordnungsnovelle war durch die erste Lesung in der Kommission. Es ist äußerst bedauerlich, daß mit dem Wegfall dieser beiden Vorlagen die Erfüllung langgehegter Wünsche der Arbeiter wieder auf mehrere Jahre hinausgeschoben wird. Schon oft ist im Reichstag diese Bestimmung der Geschäftsordnung befragt worden, und es ist tatsächlich an der Zeit, daß man diesbezüglich eine andere Praxis einführt. Die Gewerbeordnungskommission ist z. B. im vorigen Herbst drei Wochen früher zusammengetreten und hat jeden Tag vormittags und nachmittags Sitzungen abgehalten, lediglich um das Gesetzeswerk zu fördern. Diese Kommission hat auch trotz der heftigen politischen Kämpfe im Parlament unentwegt weitergearbeitet. Das erstensichtigste an diesen Beratungen war, daß die Verhandlungen recht günstige Mehrheitsergebnisse für die einzelnen Beschlüsse zeigten. Die außerordentlich wichtigen Debatten und Erklärungen der Regierung zu den verschiedenen Fragen werden jetzt nicht einmal im Kommissionsbericht festgehalten, da ein solcher Bericht erst gemacht zu werden pflegt, wenn die Beratungen der Kommission in zweiter Lesung abgeschlossen sind. Alle Zeit und Mühen, die auf die Beratung dieser Vorlagen verwendet wurden, sind also vergebens gewesen.

Das Fallen dieser beiden Gesetzesvorlagen ist gerade im gegenwärtigen Moment unangenehm. Die nächste Reichstagsperiode, die wahrscheinlich erst Ende November beginnen wird, ist belastet mit der großen Versicherungsordnung. Neben dieser dürfte es schwer halten, die anderen Vorlagen noch mit zu beraten, wenn die Regierung sie einbringen sollte. Es ist deshalb nicht wahrscheinlich, daß die Regierung schon direkt im Herbst die Gewerbeordnungsnovelle einbringen wird; auch wohl aus dem Grunde, weil man nicht den industriellen Arbeitgebern lobt Sozialpolitik auf einmal verabreichen will. Im Jahre 1912 geht die Legislatur-Periode zu Ende, und es stehen somit nur noch zwei Sessionen zur Verfügung, um die schwebenden sozialpolitischen Gesetze unter Dach und Fach zu bringen. Man darf wohl den nicht unbegründeten Wunsch Ausdruck verleihen, daß vor dem Ablauf der Legislatur-Periode seitens der Regierung der ernsthafte Versuch gemacht wird, wenigstens die Gewerbeordnungsnovelle unter Dach und Fach zu bringen.

Was die Arbeitskammervorlage anbelangt, so enthält dieselbe bekanntlich einen bestimmten Konfliktpunkt. Die Kommission hat beschlossen, daß auch die Beamten der Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, Arbeitersekretäre sowie die Beamten der Arbeitgeberverbände in die Arbeitskammern gewählt werden können, und zwar soll ihre Zahl ein Viertel der gesamten Mitgliederzahl nicht überschreiten. Die Regierung hat das als unannehmbar erklärt, trotzdem die nächst interessierten Arbeitgeberkreise, soweit sie bisher in der Tarifbewegung Erfahrungen gesammelt haben, entschieden für die Zulassung der Arbeiterbeamten eingetreten sind. So u. a. erklärte sich der Vorstand des Verbandes deutscher Innungsvereine in einer Besprechung mit den Mitgliedern der Kommission mit aller Entschiedenheit für die Zulassung der Beamten der Arbeiterorganisationen und Arbeitgeberverbände. Dieselben erklärten rundweg, daß sie sich nur dann eine erspriechliche Verhandlung in denselben versprechen könnten, wenn die verantwortlichen Leiter der Organisationen mit in denselben tätig seien. Ob die Regierung an ihrem Nein festgehalten hätte, auch im Plenum, hat nicht festgestellt werden können, da, wie gesagt, die Vorlage mit Schluß des Reichstags unter den Tisch gefallen ist. So weit wir aber orientiert sind, legt auch die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft der Zulassung der Arbeiterbeamten das allergrößte Gewicht bei. Wenn deshalb die Regierung sich nicht entschließen könnte, bei Neueinbringung der Vorlage in diesem Punkt den Kommissionsbeschlüssen beizutreten, so wäre es vielleicht besser, sie würde die Arbeitskammervorlage so lange zurückhalten, bis die Verhältnisse sich günstiger gestaltet haben. Die Regierung wird in ihrem Widerstand gegen den Arbeitersekretärparagrafen im wesentlichen gestärkt und veranlaßt durch die Großindustrie. Für die letztere hat ja auch die Arbeitskammervorlage die wesentlichste Bedeutung. Wir glauben, annehmen zu dürfen, daß auch in einigen Jahren die Großindustrie zur Erkenntnis gekommen sein wird, daß Arbeitskammern ohne die Mitwirkung der Beamten der beiderseitigen Organisationen nicht das erfüllen können, was man von ihnen erwartet. Und wenn die Großindustrie sich hartnäckig der besseren Erkenntnis verschließt, so müssen wir von der Regierung verlangen, daß sie den Mut der Tat hat und einmal gegen den Willen der mächtigen Industrieherrscher das Arbeitskammergesetz durchführt. Jedenfalls ist die christlich-nationale Arbeiterschaft sich darin einig, daß ohne die Zulassung der Arbeitersekretäre das ganze Gesetz wesentlich an Bedeutung für sie verliert.

Anders steht es mit der Gewerbeordnungsnovelle. Gegen die Beschlüsse der Kommission haben ja die interessierten industriellen Verbände auch nach mancher Richtung hin protestiert. Ganz besonders haben sich die Handelskammern darin hervorgetan. In der Kommission selbst war die Industrie sehr gut vertreten, und mit manchem dieser Vertreter ließ sich eine Verständigung für namhafte Verbesserungen erzielen. Wir glauben deshalb, daß die Gewerbeordnungsnovelle in ihrer gezielten Verabschiedung

keinen erheblichen Schwierigkeiten begegnet wäre. Die Beschlüsse der Kommission enthalten zwar ebenfalls verschiedene Punkte, bei denen die Regierung ihr „Unannehmbar“ gesprochen hat. So u. a. in der Frage der Konkurrenzklause der Angestellten und in der Bestimmung, daß die Privatbeamten neben ihrem Gehalt Anspruch auf die Leistungen der Krankenkassen und Versicherungen haben sollten. Die letztere Bestimmung ist schon einmal gefehlt bei Beratung des § 63 des Handelsgesetzbuches. Man würde an ihr vielleicht die Vorlage nicht scheitern lassen. Bezüglich der Konkurrenzklause wird sich, ohne daß die jetzigen Beschlüsse erheblich beeinträchtigt werden, eine Verständigung finden lassen. Alle anderen, zum Teil ganz erheblichen Verbesserungen der Vorlage dürften keinen unüberwindlichen Widerstand finden. Es wäre deshalb wohl zu erwägen, ob nicht die Regierung trotz der Versicherungsordnung wenigstens die Gewerbeordnungsnovelle wieder einbrächte, und zwar in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse. In diesem Falle würden sich lange Beratungen erübrigen, die Parteien würden sich ohne Schwierigkeiten verständigen können und in all den Punkten auf detaillierte Beratungen verzichten, wo die neue Vorlage den Beschlüssen der Kommission entsprechen würde.

Am bedauerlichsten ist nämlich, daß mit der großen Gewerbeordnungsnovelle vor allen Dingen der Heimarbeiterschutz gefallen ist. Gerade den Heimarbeitern zuleibe, die seit Jahren um einen größeren gesetzlichen Schutz ringen, wäre zu wünschen gewesen, daß die Vorlage hätte verabschiedet werden können. Es wurde auch in der Kommission der Versuch gemacht, den Heimarbeiterschutz aus der ganzen Vorlage herauszuheben und getrennt zu beraten, ähnlich wie der Behauptungstag der Arbeiterinnen. Es ließ sich aber leider eine Verständigung darüber nicht erzielen. Auch der Heimarbeiterschutz bietet nennenswerte Schwierigkeiten außer den Lohnämtern nicht mehr. Die Lohnämter sind allerdings die kritische Frage. Wir werden darauf nächstens noch eingehender zurückkommen. Aber auch hier dürfte bei allseitigem guten Willen eine Verständigung gefunden werden, zumal bei den Parteien in ihrer Mehrheit die Bereitwilligkeit besteht, in irgend einer Form der Festlegung der Löhne in der Heimindustrie eine gesetzliche Basis zu geben. Nur über die Form gehen die Ansichten auseinander. Die Regierung scheint hauptsächlich die Verantwortung, welche ihr mit der Errichtung der Lohnämter aufgebürdet wurde.

Also man soll den Versuch machen, neben der Versicherungsordnung die Gewerbeordnungsnovelle mit zu erledigen. Wenn die Parteien sich die nötige Verständigung aufbringen, dann muß es gelingen.

Aus dem Bericht der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft für 1908.

II.

Zahl der Unfälle.

Unfälle passierten im Jahre 1908 im Bereiche der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft 2250, von welchen sich später 115 als keine Betriebsunfälle herausstellten. Die Zahl der wirklichen Betriebsunfälle beträgt somit 2135, darunter waren 130 entschuldigungspflichtige, während im Vorjahre 2524 Unfälle zur Anmeldung kamen, von denen 416 zu entschuldigen waren. Die Gesamtzahl der Unfälle hat sich demnach um 274 vermindert, dagegen die Zahl der entschuldigungspflichtigen Unfälle um 14 vermehrt. Unfälle mit tödlichem Ausgange waren im Berichtsjahre 8 zu verzeichnen, gegen 12 im Jahre vorher.

Die Unfallziffern verteilen sich auf die einzelnen Sektionen wie folgt:

Die soziale Frage der Zeit.

Ende des Jahres v. Verzicht in der Einleitungsversammlung zum Kölner Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Die soziale Frage der Zeit ist die Frage:

„Wie ist die materielle und geistige Lage der Lohnarbeiter, wie Stellung in der menschlichen und gesellschaftlichen Ordnung des Lebens entsprechend zu gestalten, welche Bedürfnisse, Forderungen und eine voranschreitende Politik in der Gegenwart und in einem bald- und Staatesweiser hoher Natur, wie das Beste ist, an die Lage einer so zahl und Kraft zu bewachen Schicksal der Bevölkerung stellen?“

Dieser Überbegriff umschließt alle Einzelfragen der Lösung der Aufgabe, die auf verschiedenen Wegen und durch verschiedene Kräfte möglich ist, unterstellt werden. Auf verschiedenen Wegen bewegt sich auch in Deutschland die Lösung der Frage, wie dem der Arbeiterverehrung, der Maßnahmen, welche zur Heilung der aus dem Arbeitsverhältnis erwachsenden Schäden dienen sollen, auf dem des Arbeiterkampfes, der Vorbeugung gegen den Eintritt solcher Schäden und auf dem der Maßnahmen zur Herstellung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Sie wolle hier den Ausdruck Gleichberechtigung, um damit auszudeuten, daß die politischen, die rechtlichen, die wirtschaftlichen und die sozialen Lebensbedingungen, unter denen sich der Lohnarbeiter als Mensch im Bezug und als Staatsbürger befindet, ihm dieselben Möglichkeiten gewähren sollen, wie den anderen Klassen und Ständen des Staats und zwar nicht nur dem Wohlstand, sondern auch dem Weizen und der Bedenken, denn gleiches Recht bedeutet für den Starren und Schwachen, den Reichen und den Armen nicht immer gleiche Berechtigung. Und die verschiedenen Kräfte, die mitwirken müssen, um die gegebenen Aufgaben zu lösen, sind die Selbsthilfe und die Staatshilfe.

Die Selbsthilfe, die sich für den Arbeiter nur in der Organisation geltend machen kann, und die Staatshilfe, die in der Gesetzgebung ihren Ausdruck findet. Beide ergänzen einander, beide sind unentbehrlich in der Lösung der sozialen Frage. Darüber, daß der Kongress des Jahres mit seiner Gesetzgebung unentbehrlich ist, darüber besteht ein grundsätzlicher Streit nicht mehr, wenn Arbeiterverehrung und Arbeiterkampf in Frage stehen, wie über das Recht und das Tempo

bestehen Differenzen, die ja allerdings noch immer zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten und parlamentarischen Kämpfen Anlass geben. Die Geschichte der letzten dreißig Jahre zeigt uns aber, daß, wenn einmal der Grundgedanke des Staatsbürgerrechts etabliert ist, die Logik der Tatsachen zu jähem Schritt zwingt. Die deutsche soziale Gesetzgebung hat nicht mehr stillgestanden. Zeitweise schneller, zeitweise langsamer voranschreitend, hat sie sich doch stets voranbewegt, und mehr und mehr hat in der Ausdehnung der öffentlichen Meinung, in den Kreisen der Regierenden, in den politischen Parteien, die Ueberzeugung die Oberhand gewonnen, daß ein Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung unmöglich erscheint. Sie hat sowohl in der Arbeiterversicherung wie im Arbeiterschutz den Arbeitern erhebliche Vorteile gebracht, direkte wie indirekte, letztere insofern, als sie den Organen der Selbsthilfe als Grundlage diente, um berechtigter, weiterer Forderungen, das Arbeitsverhältnis betreffend, durchzusetzen. Auch in den Fragen der Gleichberechtigung der Arbeiter zeigen sich jähliche Fortschritte, wenn dieses Gebiet auch noch in manchen Bevölkerungskreisen gruppig an Widerstand findet. Es handelt sich hier um die Konsumfreiheit, um das Recht der Berufsgenossenschaften, um die Einrichtung parteilicher Vertretungen, um die Errichtung von Arbeitskammern und um die Gleichberechtigung im politischen Wahlrecht. Fortschritte bedeuten das Reichsbürgerrecht, der Entwurf der Reichsregierung betreffend die Errichtung von Arbeitskammern, die Errichtung der Gewerbeämter und der Teilnahme der Arbeiter an deren Aufsichtsräten und jählicher Fortschritt sowie die Verheerung des Wahlrechts für die Arbeiter, namentlich in den jüdischen Staaten. Auf diesem Gebiet bleibt noch manches zu tun, und die Organe der Selbsthilfe der Arbeiter werden jählich ihren Einsatz dahin geltend machen müssen, daß die berechtigten Interessen des Arbeiterstandes auch auf dem Gebiete der Gleichberechtigung nicht zurückgehen.

Der Selbsthilfe, d. h. also den Organisationen der Arbeiter, bleibt ein weites Gebiet zur Verbesserung der Lage der Arbeiter überlassen, da es ausgeschlossen ist, daß die staatliche Gesetzgebung alle Teile der Arbeiterfrage regulieren wird. Im Arbeiterkampf ergreift sie Verhältnisse, die alle Arbeiter betreffen, wie die Lohnfrage, die Beschäftigungsfrage, das Arbeitsverhältnis, die Arbeitsbedingungen, die Arbeitszeiten und anderes; sie ergreift im einzelnen die

Arbeitszeit der Kinder, der Jugendlichen, der erwachsenen Frauen, auch die der erwachsenen Männer, aber dies nur aus sanitären Gründen in einigen besonders gesundheitsgefährlichen Gewerben. Bisher verleiht sie sich der Erwägung, daß für den arbeitenden Mann auch andere Gründe vorliegen, die Arbeitszeit zu beschränken, das Bedürfnis nach Erholung nach Erwerbung von Kenntnissen, der Wunsch, sich am öffentlichen Leben im Staat und in der Gemeinde zu beteiligen, und vor allem der so berechtigten Wunsch, seiner Familie, Weib und Kind, und der Erziehung seiner Kinder einen Teil seiner Zeit widmen zu können. In dieser Beziehung bleibt nur die Einwirkung der Organisation übrig, und wir sehen, daß sie die Aufgabe, die Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß einzuschränken, auch lebhaft und mit Erfolg ergreift hat. Vor allem aber ist es die Hauptfrage im Arbeitsverhältnis, die der Lohnhöhe, welche wohl dauernd der Gesetzgebung entzogen sein und den Organisationen zugewiesen bleiben wird.

Man wirft den Arbeiterorganisationen vor, daß sie keine Kampforganisationen seien, daß sie ins Leben gerufen worden seien, um den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit im Wege des wirtschaftlichen Kampfes zum Austrag zu bringen. Das ist unrichtig. Gewiß haben sie sich die Aufgabe gestellt, Forderungen, die sie für berechtigt halten, anzuhängen falls auch im Wege des Kampfes, d. h. im Streikwege durchzusetzen, aber doch nur äußerster Not, wenn andere Mittel und Wege nicht mehr gegeben sind. Das beweist die Häufigkeit von friedlichen Verhandlungen und das jähliche Drängen der Arbeiterorganisationen nach dem Abschluß von Tarifverträgen und der Einweisung von parteilichen Instanzen zur Entscheidung von Streitigkeiten. Nicht genug zu betonen ist die Zersplitterung der Arbeiterschaft in verschiedene Organisationen. Sie muß z. B. als unabänderlich angenommen werden, soweit die christlichen und die sozialdemokratischen Organisationen in Frage stehen. Die Gründe hierfür sind zu bekannt, um sie zu erörtern. Was die freien Gewerkschaften betrifft, so bin ich auch der Ansicht:

Solange die sozialdemokratische Partei die freien Gewerkschaften lediglich als ihre Organe ansieht, und solange die freien Gewerkschaften sich dem gefallen lassen und lebhaft in Steden und Beschlüssen darin übereinkommen, solange kein neues Erwinde ein Zusammengehen oder gar eine Verschmelzung der christlichen und der freien Gewerkschaften. (Wichtige Zustimmung.)

Dazu sind Weltanschauung und Grundanschauung zu verschieden. Es ist bedauerlich, daß das in absehbarer Zeit sich nicht ändern wird; in der praktischen Betätigung wird sich aber manches mildern. Es werden die Fälle häufiger werden, wo die Christlichen mit den Freien in Betätigung und Streiks zusammengehen. Wir haben beobachtet, daß das möglich ist und durchführbar ist, aber nur überall da, wo die christlichen Gewerkschaften zu einem mächtigen Faktor geworden sind und wo bei den freien Gewerkschaften der Gedanke durchgedrungen war, daß es besser sei, mit den Christlichen in geeigneten Fällen zu marschieren. Da aber, wo eine Uebereinstimmung über die Prinzipien der Organisation besteht, da sollten sich die verschiedenen Organisationen wenigstens so weit zusammenschließen können, daß, wo ein gemeinsames Marschieren noch unmöglich ist, doch wenigstens ein vereintes Schlagen eintritt.

Die richtigen Prinzipien der Arbeiterorganisationen sind m. E.: die reine ausschließliche und energische Vertretung der beruflichen Interessen der Lohnarbeiter, die Abweisung anderer Einflüsse, politische wie konfessioneller, auf die Gestaltung und Tätigkeit der Organisation, daher völlige Selbstständigkeit und Unabhängigkeit nach allen Seiten hin. Was die Arbeiterorganisationen bisher erreicht haben, ist gewiß beachtenswert. Die Erfolge auf dem Gebiet der Sozialreform würden aber erheblich größere sein, wenn sie geschlossener auftreten könnten. Das beweist das Ausland, vor allem die Geschichte der Trade Unions in England; in Deutschland beweisen es die Organisationen der Großindustrie und des Bundes der Landwirte. An ihnen sollten sich die Lohnarbeiter ein Beispiel nehmen und den Zusammenschluß oder doch das Zusammenarbeiten der Organisationen überall da auf das sorgfältigste pflegen, wo nicht ausschlaggebende, grundsätzliche Bedenken vorliegen, denn die Hindernisse, die sich ihrer, auf die Befreiung der Lage der Arbeiter gerichteten Tätigkeit entgegenstellen, sind noch immer zahlreich und stark und die Notwendigkeit, mit vereinter Kraft auf deren Befreiung hinzuwirken, wird noch lange vorliegen.

Dann kam Redner auf die christlichen Gewerkschaften in besonderer Weise zu sprechen und widerlegte die einzelnen Einwände, die gegen diese erhoben werden. Wir haben diesen Teil der Rede bereits in unserem ersten Kongressbericht gebracht und können ihn darum hier übergehen.

Der Kampf, den die Arbeiterklasse führt und den sie noch lange zu führen haben wird.

Sektionen	Zahl der Arbeiter	im männlichen Geschlecht	aus Schwestern mit dem männlichen Geschlecht	Summe	auf 100 Beschäftigten entfallend
I Dörfelhof	11 021	89	138	217	19,7
II M. Gladbach	31 143	229	291	520	16,7
III Oberfeld	11 374	50	193	243	21,3
IV Wannen	27 501	77	230	307	11,2
V Vennep	10 799	68	115	183	16,9
VI Wachen	22 823	289	174	463	20,3
VII Wänfler	27 490	149	123	272	9,9
	142 151	951	1184	2135	15,0

Art der Verletzungen

Ueber die Art der Verletzungen gibt folgende Tabelle Auskunft:

Sektionen	Ropf und Gesicht (Augen)	Armen und Händen (Schlagen)	Weinen und Füßen	andere an mehreren Stellen	Sonstige Verletzungen
I Dörfelhof	24	124	45	13	11
II M. Gladbach	36	317	120	47	—
III Oberfeld	15	93	35	8	16
IV Wannen	26	167	59	37	18
V Vennep	19	111	37	16	—
VI Wachen	35	270	103	49	6
VII Wänfler	20	197	34	19	2
	175	1285	433	189	53

In welcher Branche passieren die meisten Unfälle?

Es sind natürlich nicht alle Textilarbeiter in gleich hohem Grade der Unfallgefahr ausgesetzt. In der Baumwollspinnerei und Wattenfabrikation, worin 18 317 Arbeiter beschäftigt waren, passierten 342 Unfälle = auf 1000 Personen 21,0. Um meisten von Unfällen betroffen wurden die Arbeiter der Wollensäckfabrikation, auf 205 beschäftigte Arbeiter kamen 12 Unfälle oder auf 1000 58,5; an zweiter Stelle kommen die Arbeiter in den Wollwäschereien, Wollrockereien, Wollereien und Carbonisieranstalten, Meße Branche beschäftigt 775 Arbeiter, es passierten 28 Unfälle oder 49,0 auf 1000 Personen. Dann kommen die Zubereitungsanstalten (Färberei, Druckerei, Appretur usw.) für halbwole und baumwollene Waren 2708 Arbeiter, 105 Unfälle, 38,8 auf 1000 Personen, dann die Knopffabrikation 36 auf 100, (111 Arbeiter 4 Unfälle). Wichtig steht die Weberei, wo auf 1000 Personen 13,3 Unfälle kamen. Ueberhaupt läßt sich feststellen, daß in den Zubereitungsanstalten die Unfallgefahr am größten ist. Das ist eine ernste Mahnung für diese Arbeiterkategorie, die leider im allgemeinen noch sehr schlecht organisiert ist, sich mehr um ihre Lebensinteressen zu kümmern. Ohne Organisation kann es auch für sie keinen durchdringenden Unfallschutz geben. Alle Kräfte des Arbeiterinteresses laufen in die gewerkschaftliche Organisation. Und schließlich ist das größte Interesse für den Arbeiter die Erhaltung seiner Glieder, um rüstig und arbeitsfähig zu bleiben.

Folgen der Unfälle.

Relativ sehr hoch ist die Zahl derjenigen Unfälle, die eine dauernde, teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten, wo es sich also um vollständigen Verlust oder Verminderung gesunder Glieder handelt. Es hatten im Jahre 1908 Erwerbsunfähigkeit zur Folge:

Sektionen	7 Wochen erwerbsfähig	über 4 bis 13 Wochen erwerbsfähig	über 13 bis 26 Wochen erwerbsfähig	über 26 bis 52 Wochen erwerbsfähig	über 52 Wochen erwerbsfähig	Erwerbsunfähigkeit	Tot
I Dörfelhof	128	46	6	16	—	2	19
II M. Gladbach	298	116	1	93	—	3	9
III Oberfeld	115	31	19	5	—	1	2
IV Wannen	197	46	8	50	—	1	5
V Vennep	110	40	1	29	—	1	2
VI Wachen	358	55	2	44	—	4	3
VII Wänfler	80	85	90	71	—	—	4
	1286	419	67	311	—	8	44

Ist der alte geschichtliche soziale Konflikt, der alle Jahrhunderte durchzieht, der sich ständig wiederholt in dem Kampf der Geschlechter und der Künste im Mittelalter, in dem Kampfe des Bürgerstandes um die Gleichberechtigung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der Geschichte der Emanzipation des Bauernstandes, der alte soziale Konflikt, der immer eingetreten ist, wenn eine bisher untergeordnete, dienende Gesellschaftsklasse verlangt hat, in die volle Gleichberechtigung einzutreten mit den im Besitz der Macht, der politischen und der wirtschaftlichen Macht befindlichen Klassen, und wenn diese sich gewweigert haben, ihre bevorrechtigte Stellung, die sie immer und überall als eine staatsnotwendigkeit angesehen haben, aufzugeben.

Glücklich ist die Zeit zu preisen, in der solche Konflikte ohne Anwendung von Gewalt gelöst werden können. Wenn das bisher bezüglich der Bewegung der Lohnarbeiter gelungen ist, und wenn die Auversicht immer begründeter wird, daß das auch in der Zukunft der Fall sein wird, so ist das zu einem wesentlichen Teil der Tatsache zu verdanken, daß in den christlichen Gewerkschaften von dem Boden der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen aus die soziale Reform für den Arbeiterstand erstrebt wird, ohne Klassenkampf, aber doch in dem Bewußtsein, daß der Arbeiterstand bisher von Staat und Gesellschaft noch nicht erhalten hat, was er zu verlangen berechtigt ist, ohne Klassenkampf, ohne Absonderung von anderen Klassen und Ständen, unter Beachtung der Wege, die Recht, Sitte und Religion vorschreiben, aber doch in dem Gefühl der Notwendigkeit völliger Unabhängigkeit und Selbständigkeit, alle Einflüsse abweichend, die nicht im Zusammenhang stehen mit den Berufsinteressen der arbeitenden Klassen.

Ich hege die Hoffnung, daß im Laufe des 20. Jahrhunderts vielleicht schon in der ersten Hälfte desselben die Eingliederung des Arbeiterstandes in den staatlichen und sozialen Organismus gelingen wird, ohne daß die Gewalt in Angriff und Abwehr die Entscheidung fällt, im Wege der Reform, nicht im Wege der Revolution, und das wird nicht zum wenigsten den entscheidenden, verständigen, unabhängigen Einwirkung der christlichen Gewerkschaften zu danken sein.

Ueber die geleisteten Entschädigungen der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft werden wir in einem folgenden Artikel zu sprechen Gelegenheit haben.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitslosigkeit.

Delmenhorst.

Auf der hiesigen Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei sind die Sortierer und Sortierinnen in einen wilden Streik getreten. Organisiert waren beim Beginn der Bewegung nur wenige Arbeiter. Ursache des Streiks ist eine Lohnreduzierung. Am Freitag, den 13. August fand eine Betriebsversammlung statt, in welcher der Beteiligten Klar gemacht wurde, daß man mit einem so geringen Prozentsatz Organisiert nicht in einen Streik eintreten könne, man solle sich erst organisieren. Eine in dieser Versammlung gewählte Kommission, welche am anderen Tage vorstellig werden sollte, wurde von der Direktion kurz abgewiesen. Darauf legten fast sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder und verließen ohne Kündigung die Fabrik.

Zwischen den Streikenden und den Wollnächsehern (welche keinen Lohnabzug erhalten und weiter arbeiten) ist jetzt ein Streit entstanden darüber, ob das Wollnächsehen beschloffen nun auch mit 13 gegen 11 Stimmen sich den Streikenden anzuschließen. Aber bei dem Beschluß ist es geblieben, denn sämtliche Wollnächseher arbeiten ruhig weiter. Wir werden in der nächsten Nummer ausführlicher berichten.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Alhaus. Am 15. August tagte im Saale des Herrn Wiltz. Vuerbaum unsere Mitgliederversammlung. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Peter van Dyk berichtete der Kassierer Wiltzhaus in klarer und verständlicher Weise über den Stand der Kasse und wurde demselben auf Antrag der Neuzugewählten Entlastung erteilt. Verschiedene Punkte der Tagesordnung wurden verhandelt und bis zur nächsten Versammlung, welche in Willen stattfindet.

Borghorst. In unserer nun mäßig besuchten Mitgliederversammlung fand zunächst die Delegiertenwahl zur Bezirkskonferenz statt. Es wurden gewählt die Kollegin Anna Beckmann sowie die Kollegin Beckmann und Artfitter. Sodann fand eine Besprechung des durch die Einlegung von Fäusen am 1. August eingeführten Beschlusses statt. Inbetreff der Fäusen wurden wohl einzelne Wünsche laut, es wurde jedoch beschlossen, dieselben der Verbandsleitung zu überlassen. Der Vorsitzende berichtete sodann über Schwierigkeiten betreffend der Krankenhausbekämpfung der Kranken des dritten Arztes. Als letzter Punkt der Tagesordnung referierte der anwesende Bezirksvorsitzende Camps-Wänfler, nachdem derselbe schon mehrmals in die Diskussion eingegriffen hatte, über den Gewerkschaftszugriff zu Köln. Er ging die einzelnen Referate kurz durch und wies insbesondere unter dem Beifall der Anwesenden die Angriffe des deutschen Textilarbeiterverbandes auf unseren Zentralvorsitzenden energisch zurück.

Greifath. Am 1. August machten die Ortsgruppen Lobberich, Hinsbeck und Greifath gemeinschaftlich einen Ausflug nach den Hinsbecker Höhen. Gegen 4 Uhr wurde mit zwei Musikstapeln nach den Höhen gezogen. Hier angekommen, hieß der Vorsitzende der Ortsgruppe Hinsbeck sämtliche Kollegen und Kolleginnen herzlich willkommen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Ausflug mit dazu beitragen möge, die Kollegen und Kolleginnen aufzumuntern in der Arbeit für unsere gute Sache. Kollege Janßen-Hinsbeck legte den Anwesenden die historische Bedeutung der Höhen auseinander. Sodann wurde für die Fäuder der Mitglieder eine Verlesung und Besprechung veranstaltet. Gegen 7 Uhr wurde wieder nach Hinsbeck gezogen. Im Festlokal hielt Arbeitsekretär Otten aus Kempen die Festrede. Er forderte die Kollegen auf, immer fest zum Verband zu stehen, besonders hat er die Frauen, mit zum Ausbau der christlichen Gewerkschaften beizutragen. Dann war noch eine Verlesung, welche allgemeine Heiterkeit hervorrief. Gegen 9 Uhr begaben sich die Kollegen und Kolleginnen auf den Heimweg.

Lautenbach (Ober-Elsäß). Wir haben in der letzten Nummer unseres Organs dargelegt, auf welche keineswegs noble Weise die Firma Godefrey u. Elsäßer in neuester Zeit wieder einmal versuchte, das Biertrinksystem einzuführen. Doch auch noch andere Klagen werden unter den Arbeitern laut. In diesem Betriebe besteht noch ein ganz kompliziertes und ungerechtes Prämienystem. Vielen Arbeitern ist es kaum möglich, ihren Lohn zu berechnen. Auch die Arbeitszeit wird nicht richtig eingehalten, und endlich entsprechen auch die Krankenunterstützung sowie die den Arbeitern gestellten Jubiläumsgelder keineswegs den Arbeitslöhnen, so daß die Arbeiter auch nach dieser Richtung hin die Geschädigten sind. Es wäre also alle Veranlassung vorhanden, einzugreifen und eine Beseitigung dieser Mißstände anzustreben. Auf Montag, den 16. August verließ nach der christlichen Textilarbeiterverband eine Fabrikversammlung ein, um zu diesen Mißständen und speziell zur geplanten Einführung des Biertrinksystems Stellung zu nehmen. Man sollte nun glauben, jeder Nachdenkende müsse im Interesse der Arbeiter bestrebt sein, in einem solchen Moment alles zu vermeiden was die Einigkeit der Arbeiter stören könnte. Nicht so die Gewerkschaft. Sie setzen auch hier mit der anfänglich der Finanzreform inzentrierten Schimpfide ein und suchen so die Arbeiter gegeneinander zu hegen. Nicht genug damit geben sie auch an ihre Anhänger die Parole aus, unserer Versammlung fern zu bleiben. Während Kollege Fischer mit unseren Mitgliedern die Situation besprach, erlaubten sich die Gewerkschaft sogar das Vergnügen, in der an das Versammlungslokal angrenzenden Wirtschaft den Musikautomat spielen zu lassen. So vertreten diese Leute Arbeiterinteressen. Selbstverständlich ist der Arbeitgeber der lachende Dritte. Für ihn ist es ein Gaudium zu sehen, wie sich die Arbeiter durch die Schuld der Gewerkschaft gegenseitig zerfleischen und ihm so die geplante Einführung des Biertrinksystems erleichtert wird. Die Gewerkschaft glauben jedenfalls, die Christlichen ignorieren und an die Wand drücken zu können. Das soll ihnen nicht gelingen.

Sind wir auch in der Minderheit, so werden wir uns doch unserer Haut zu wehren wissen. Wir sind schon oft unsere eigenen Wege gegangen und dabei gar nicht schlecht gefahren. Die Gewerkschaften aber haben die Verantwortung dafür zu tragen, wenn durch ihre Hege die Arbeiter geschädigt und die Geschäfte des Arbeitgebers besorgt werden.

Aus unserer Industrie.

Greiz.

Wie die Greizer Zeitung berichtet, hat die Ausfuhr von Fabrikaten aus dem Konsulatsbezirk Gera nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Monat Juli 1909 einen unerwartet hohen Aufschwung genommen. Und zwar wurden 149 Sendungen im Werte von 1 038 253,14 Mark gegen 89 Sendungen im Werte von 512 443,21 Mark im Juli 1908 exportiert, das sind gegen den Monat Juli 1908 mehr 60 Sendungen im Werte von 525 809,93 Mark. Die Ausfuhr im Monat Juli 1909 ist die größte in einem Monat in dem 27-jährigen Bestehen der Geraer Konsularagentur. Etwa 80 Prozent der Ausfuhr entfallen auf Kleiderstoffe. Hauptsächlich hält diese Ausfuhr an, was im Interesse der Arbeiter am allermeisten zu begrüßen wäre.

Das Exportgeschäft in der Textilbranche wird lebhafter.

Langsam zwar, aber doch unverkennbar beginnt das Exportgeschäft in der Textilbranche sich wieder etwas zu beleben.

Die Umsätze mit dem Auslande sind in der Zunahme begriffen. Allerdings beeinträchtigt noch ein großer Uebelstand die Gesundung des Geschäftes in hohem Maße, nämlich der empfindliche Preisdruck, der auf dem Exporthandel lastet. Obwohl die ausgeführten Mengen im ersten Halbjahre die vorjährigen bereits wieder erheblich übersteigen, bleibt der Wert der Textilwarenausfuhr doch noch auffällig hinter dem vorjährigen zurück. Ingesamt wurden nämlich an Waren des Baumwoll-, Woll-, Seiden-, Feinengewerbes usw. in diesem Jahre nur für 380 Millionen Mark ins Ausland gefandt, während der Wert der vorjährigen Textilwarenausfuhr im ersten Semester 404 1/2 Millionen Mark betragen hatte. Der Ausfall allein beläuft sich demnach auf 24 Millionen Mark oder 6 bis 7%. Der Ausfall ist aber insofern ganz besonders empfindlich, als für die geringere Summe mehr Waren als im Vorjahre ins Ausland gefandt wurden und zwar nicht etwa geringwertigere Ware als 1908, sondern im allgemeinen die gleichen Qualitäten.

Baumwollwaren wurden in einer Menge von 241 600 Doppelzentnern ins Ausland gefandt, während die vorjährige Ausfuhrmenge nur 237 831 Doppelzentner betragen hatte. Der Wert der diesjährigen Ausfuhr belief sich aber nur auf 164,33 Millionen Mark, während im ersten Halbjahre 1908 das Exportgeschäft 173,81 Millionen Mark gebracht hatte. Den wesentlichen Teil zu der Entwertung der Baumwollwarenausfuhr hat die Ausfuhr von Handschuhen beigetragen. Während die Menge dieser Ausfuhr um 4200 Doppelzentner oder um 30% hinter der vorjährigen zurückblieb, nahm der Wert um 12 Millionen Mark oder um fast 40% ab. Die Ausfuhr von Strümpfen nahm um 7% zu, erbrachte aber nur eine um 1/2% höhere Einnahme. Gefärbte, bedruckte, bunte Gewebe wurden 1908 in einer Menge von 97 040, 1909 in einer solchen von 97 145 Doppelzentnern ausgeführt; der Wert der Ausfuhr stellte sich aber nur auf 39,79 Millionen Mark gegen 40,08 Millionen im Vorjahre.

In der Wolllindustrie ist die Lage des Exportgeschäftes noch unbestimmend, wenn gleich sich auch hier Anzeichen einer Besserung einzustellen beginnen. Die Gestaltung der Ausfuhr weicht insofern von derjenigen im Baumwollgewerbe ab, als die Preise zwar nicht gesunken sind, aber gleichzeitig auch keine Erhöhung der Umsätze stattgefunden hat. Die gesamte Wollwarenausfuhr belief sich im ersten Halbjahre 1908 auf 137 674 Doppelzentner, im Jahre 1909 aber nur auf 132 552 Doppelzentner. Der Abnahme um 5122 Doppelzentner entspricht eine Wertverminderung von 9,53 Millionen Mark. Der Wert der Ausfuhr stellte sich nämlich im ersten Halbjahre 1909 auf 122,98 Millionen, während er 1908 132,51 betragen hatte. Die Abnahme entfällt in voller Höhe auf das erste Quartal; im zweiten wurden bereits wieder mehr Wollwaren ausgeführt als 1908.

Dasselbe Bild ergibt sich für das Exportgeschäft im Seidengewerbe, doch konnten die höheren Umsätze im zweiten Vierteljahr nur auf Kosten der Preise erzielt werden. Die Ausfuhrmenge im Seidengewerbe belief sich im ersten Halbjahre auf 45 342,59 Doppelzentner gegen 44 904,73 in der Vergleichszeit 1908. Der Wert aber erreichte nur eine Höhe von 79,72 Millionen Mark, während er im vergangenen Jahre 85,79 Millionen betragen hatte. Er ist demnach um 6,07 Millionen geringer gegenüber einem Plus der Menge um 437,86 Doppelzentner.

Auch in der Leinenindustrie ist die Entwicklung, was die Preise anbetrifft, sehr ungünstig; die Umsätze zeigen dagegen eine Zunahme. Es wurden im ersten Halbjahre dieses Jahres 54 367,03 Doppelzentner Leinen- usw. Waren exportiert, gegen 46 701,45 Doppelzentner im Vorjahre. Der Wert belief sich auf 13,06 Millionen Mark gegen 12,38 Millionen im Vorjahre.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Stiefelhafter Fremde. Vor uns liegt die Nummer 15 des „Sächsischen Textilarbeiterblatt“, Organ für den Landesverband Evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen. Im Anschluß an eine Verlesung des Herrn Pöcher gegen einige Behauptungen in der Broschüre: „Widolph, Der deutsche Protektionsismus und die christlichen Gewerkschaften“ veröffentlicht der Schriftleiter obigen Blattes „Ein offenes Wort zur Sache als Nachbemerkung.“ Der Artikel fordert die schärfste Abweisung unersetztes heraus, weil er von Anfang bis zu Ende eine an den Haaren herbeigezogene Verdächtigung unserer christlichen Gewerkschaften darstellt. Von dem Verfasser wird unserer Bewegung nicht mehr und nicht weniger wie der neutrale Charakter bestritten. Wir wollen uns ausdrücklich in völliger Selbständigkeit von der Kritik

ischen Kirche und dem Zentrum befanden. Aus Anlaß der Haltung christlicher Arbeiterverbände zur Reichsfinanzreform heißt es: „So weit glaubt sich das Zentrum seines Einflusses in den christlichen Gewerkschaften sicher, daß sie es ungeniert und ungeschäftig tragen dürften, die Führer derselben vor den Triumphwagen römischen Salzes zu spannen.“ Weiter will der Verfasser die Erfahrung gemacht haben, daß auch die maßgebenden Führer der christlichen Gewerkschaften nur Zentrumsschleppenträger sind.“ Die christliche Gewerkschaftsbewegung soll nur ein „Werkzeug ultramontaner Herrschaftsgelüste“ sein. Ja, der Schreiber geht gar so weit, die christlichen Gewerkschaften „je länger je mehr als eine Gefahr in nationaler Hinsicht“ zu bezeichnen.

Der Landesverband der evangelischen Arbeitervereine Sachsen will angeblich und gegenüber einer neutralen Haltung einnehmen. Die Auslassungen in seinem Verbandsorgan lassen aber hier von außerordentlich wenig verspüren. Der Schreiber zeigt übrigens, daß er sich über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu politischen Fragen außerordentlich wenig klar ist, sonst würde er nicht, wie gesehen, die christlichen Gewerkschaften mit der Reichsfinanzreform verquiden. Wie übrigens das Urteil wohl ausgefallen wäre, wenn diese letztere durch eine dem „Arbeiterblatt“ genehmere politische Konstellation ihre Erlebigung gefunden hätte? Wo sind im übrigen die zwingenden Beweise für die gegen uns erhobenen Vorwürfe? Solche können nicht beigebracht werden, und darum müssen wir die Ergüsse des „Arbeiterblatt“ als haltlose Verdächtigungen bezeichnen. Die christlichen Gewerkschaften haben weder Lust sich als Werkzeug „ultramontaner“, noch als ein solches „anti-ultramontaner“ Herrschaftsgelüste mißbrauchen zu lassen. Das mag das „Arbeiterblatt“ sich gesagt sein lassen. Leute, die den ehrlichen Willen zeigen, uns zu verstehen, sind übrigens so ganz anderen Resultaten gekommen. Das „Arbeiterblatt“ möge sich nur der Nähe unterziehen, die Verhandlungen des evangelisch-sozialen Kongresses zu Heilbronn wie auch die Rede des Reichstages von Verlesung in der Selbstversammlung unseres Colner Kongresses zu studieren. Angesichts dessen haben wir wirklich nicht nötig, uns gegen die aus den Fingern gesogenen obigen beweislosen Behauptungen zu verteidigen.

Der Vorwurf, unsere Bewegung bilde eine nationale Gefahr, ist geradezu frivol. In der von Herrn Pöcher Weber namens des Reichstages des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine auf dem vergangenen Kongreß unserer Gewerkschaften verlesenen Begründung wird festgestellt, daß sowohl unsere, wie der evangelischen Arbeitervereine gemeinsame Lösung sei: Christlich-national! Wir verzichten aber darauf, Ignoranz eine Vorlesung darüber zu halten, welche praktischen Leistungen unsere Bewegung aufzuweisen hat im Sinne der Erhaltung wahrer nationaler Güter. Dieselben können sich sehr gut sehen lassen neben den Ergebnissen eines unfruchtbarsten nationalen Wort-Wettkampfes.

Was wird gerade in Sachen denn erreicht mit einer Erge gegen die christlichen Gewerkschaften, wie sie in dem angelegenen Artikel zum Ausdruck kommt? Auf der einen Seite bereift man den Mitgliedern die Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften, auf der anderen Seite treibt man sie der sozialdemokratischen Bewegung gerade in die Arme! Das ist das praktische Ergebnis solcher Leistungen. Falls wirklich die zentralistische und antinationale Gespensterjurkt einen Schein in von Verächtigung hätte, könnte ihr doch kaum besser begegnet werden, als durch Massenmitarbeit andererseits Arbeiterkreise in den christlichen Gewerkschaften. Oder hat man für eine solche gerade im Bereich des „Arbeiterblatt“ den Anstoß verpaßt? Der Sache der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, zu der doch auch die Kreise des genannten Blattes sich rechnen, wird mit Stillübungen wie der kritizierten der denkbar schlechtesten Dienst erwiesen. Gewerkschaftliche Brunnenergistung, die nur der sozialdemokratischen Bewegung zugute kommt.

Aus gemerkschaftlichen Organisationen.

Ein laubener Agitator scheint der „freiorientierte“ Tuchmacher D. Littel in Forst (Lausitz) zu sein. Am 13. Juni 1908 erschien er im Gefolge mehrerer Genossen in einer öffentlichen Versammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes im Schützenhaus zu Forst. In der dem Vortrage dockelhaft folgenden Diskussion betrachtete es der Otto Littel natürlich für seine Pflicht, die anwesenden Versammlungsbesucher darüber „aufzuklären“, daß nicht der christliche, sondern der „freie“ Textilarbeiterverband, dem er angehöre, die allein empfehlenswerte Berufsorganisation für Textilarbeiter sei.

Ziel Gläubige fand der Otto Littel für seine Idee damals freilich nicht, ob er sich auch noch so eifrig ins Zeug legte. Jetzt scheint er seine Produktion auf einem andern Gebiete zu entwickeln! Da annonciert die Filiale Forst (Lausitz) des „freien“ Textilarbeiterverbandes im bürgerlichen „Forster Tageblatt“ wie nachstehend:

Vorsicht!

Der Weber D. Littel ist bei verschiedenen Geschäftsteilen gewesen mit der Angabe, er sei vom Verbands Deutscher Textilarbeiter beauftragt, für die im Generalrat in Schweden befindlichen Arbeiter zu sammeln. Da selbiges auf Unwahrheit beruht, warren wir alle Geschäftsteile vor obiger Person.

H. Hoppe vom Verbands Deutscher Textilarbeiter, Filiale Forst (Lausitz).

Es gibt in Forst aber auch ein „Arbeiterblatt“, genannt „Märkische Volksstimme“. Da ist über die Heftigkeit des Genossen Otto Littel wie folgt zu lesen: „Eine uneheliche Handlungsweise, die nicht scharf genug zu verurteilen ist, beging der Tuchmacher Otto L. hier selbst. Er versuchte bei einigen Kaufleuten Gelder für die Streikenden in Schweden zu erlangen, ohne im Besitz einer Vollmacht oder Sammelliste zu sein. Er verdient die Verachtung jedes intelligenten und organisierten Arbeiters. Sammellisten für die streikenden Arbeiter in Schweden sind bis jetzt überhaupt noch nicht am hiesigen Orte ausgegeben worden.“

Die „Größe“ Otto Littel hat noch bis in die letzte Zeit hinein Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes für sein Bekenntnis zu kapern gesucht. Der „freie“ Verband muß nun vor seinen eigenen Mitgliedern warnen. Wir brauchen den „freien“ Textilarbeiterverband um diese Errungenchaft nicht zu beneiden. Bemerkt muß noch werden, daß der Uneheliche in der bürgerlichen Zeitung D. Littel, in der „Märkischen Volksstimme“ aber Otto L. heißt. Unsere Mitglieder aber sollen solchen falschen Prophezen in Zukunft von vornherein die Tür weisen.

Solange es eine sozialdemokratische Partei gibt, die auf Karl Marx schwört, werden die Gewerkschaften um ihr Leben kämpfen müssen. Das scheint auf den ersten Blick sonderbar, da doch die sozialdemokratische Presse eifrig für die sozialistischen Verbände agitiert. Und doch ist es so. Die sozialdemokratische Parteitheorie sagt von den Gewerkschaften: Sie können die Not des Proletariats etwas lindern, sie befähigen kann aber nur die sozialdemokratische politische Partei. Man kann aber die

so viel Opfer erheischende Gewerkschaftsbewegung nicht voran kommen, wenn sie nicht durchdrungen ist von dem tiefsten Vertrauen auf die Notwendigkeit ihrer Existenz und auf den Erfolg ihrer Arbeit. Diesen Glauben und dieses Zukunftstrauen verleiht aber die sozialdemokratische Parteitheorie; darum ist sie eine gefährliche, die gefährlichste Feindin der gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter. Das fühlen nun auch die Führer der sogenannten freien Gewerkschaften und wehren sich mit aller Kraft gegen diese, von ihren Parteischristen immer wieder verkündigten Lehren. Zurzeit liegen sie im Wortgefecht mit dem „Genossen“ Kaupf, der in einer vor einigen Monaten erschienenen Broschüre („Der Weg zur Macht“) wieder einmal den „Nachweis“ geführt hat, daß die Gewerkschaften nur Aenderungsmitel seien; dazu noch eines, von dem er prophezeit, daß es in dem nächsten Jahrzehnt mehr oder weniger verjagen werde. In der neuesten Nummer des Zentralblattes der sozialistischen Gewerkschaften (Korrespondenzblatt Nr. 32) wehrt sich der „Genosse“ und Gewerkschaftler Robert Schmidt gegen Kaupf. Schmidt räumt unumwunden ein, daß manche Erwartungen der alten Sozialdemokratie nicht in Erfüllung gegangen seien, daß also die Sozialdemokratie kein „Dogma der Unfehlbarkeit“ ausstellen könne. Um Kaupfs Weg und Taktik zu stimmen zu können, wäre ein übermenschlicher Glaube nötig. („Es gehört dazu, daß Leiden und Wunder geschehen, um an diese Art der Erfüllung des Verheißenen zu glauben.“) Kaupfs Taktik müsse als gefährlich angesehen werden. Schmidt weist nach, daß die Gewerkschaften das Los der Arbeiter ganz bedeutend verbessert hätten und schließt:

„Was aber die deutsche Gewerkschaftsbewegung bedarf, das ist das Vertrauen zu ihrer Kraft, nicht aber, daß sie fatalistisch in die Knie sinkt vor der Macht kapitalistischer Organisationen, um in einer Selbsttäuschung den wirtschaftlichen Kampf nur als ein Spiel der Kräfte mit der Macht zu betrachten. Sollten wir eines Tages so weit kommen, dann wäre es auch mit der politischen Taktik zu Ende, und der Weg zur Macht würde zu einer Enttäuschung und Ohnmacht führen.“

Es gehört eine eigenartige Auffassung dazu, sich als Gewerkschaftler jüßt die Sozialdemokratie als verurteilte Vertreterin auszuwählen und eine Unverfrorenheit sondergleichen, wenn der rote Textilarbeiterverband glaubt, die christlichen Textilarbeiter unter Hinweis auf die neuen Steuererlasse in seine Reihen hineinlocken zu können. Die sozialdemokratische Partei ist die unsicherste Freundin der Gewerkschaftsbewegung.

Und das wollen Arbeiterbestreiter sein? Gegenwärtig wird auch hier in den Fabriken, so schreibt man uns aus Markt-Neudorf, in Bergmühlungen und in der Weisse leitens der großen wie der kleinen sozialdemokratischen Schreier das Menschenunwürdige geleistet an widerliche Hege und an Verleumdungen gegen die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer. Unser Verbandsorgan habe vollständig Recht, als es in der letzten Nummer bemerkt, daß der Hader dieser roten Lebewesen nur der sei, die sozialdemokratische Organisationsabzulenken, die roten brauchten Agitationsstoff, um ihre Leute weg von der Fabrik zu halten. Es ist wahr, daß zur Zeit alles von den roten verdrängt wird, um ihre innere Säulais zu verbergen und um die allgemeine Unzufriedenheit ihrer Leute gegen die eigenen Führer total zu schlagen.

Diese Unzufriedenheit im sozialdemokratischen Lager ist zurückzuführen auf das arbeiterverräterische Treiben mancher Genossenführer. Letztere wissen es sehr wohl, daß die Unzufriedenheit in den Reihen ihrer Anhänger nicht, aber doch nicht ganz zum offenen Ausbruch kommt. Die Führer der christlichen Gewerkschaften müssen festhalten und werden in der ganz gemeinlichen Weise angepöbeln. Diese roten Arbeiterführer haben aber auch allen Grund, hin und wieder mal den Komödianten zu spielen und in heiliger Entzückung zu machen, um von ihren Treibeibern die Mitglieder abzulenken. Das geht uns auch wieder so recht folgender Fall, der sich zutrug bei dem gegenwärtigen Streik der Spiegelglasmacher hier im nördlichen Bayern.

Schon seit einigen Monaten kämpfen hier einige hundert im christlichen Kernarbeiterverbande organisierte Kollegen um bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse. Der rote Glasmacherverband kommt im ganzen Streikgebiet mit nur sechs Mitgliedern in Betracht. Da ist es nun natürlich sehr leicht, Sprüche zu machen und den Kapitulation zu spielen. Aber trotz der Bedeutungslosigkeit des roten Verbandes im Streikgebiet, wurde von einigen roten Führern versucht, durch Abhaltung einer Konferenz Mitgliederfang zu betreiben. Von unsrer Kollegen wurde aber den roten ebenfalls in die Suppe gespielt und die Abhaltung dieser Konferenz dadurch unmöglich gemacht, daß unsere Kollegen einen Tag früher selbst eine Konferenz abhielten. Es war dieses gut, denn wie sich schon recht bald herausstellte, wollte man nicht anders, als wie die streikenden Kollegen gegen die Zeitung des christlichen Verbandes auszuspielen. In der Konferenz, die vom christlichen Verbande abgehalten wurde, kam es am 2. Tagesabende, daß die Seele dieser Wucherer der sozialdemokratischen Parteiführer weiß von hier war. Ueber die Art, wie Weiß sich die Unterwürigkeit eines sozialdemokratischen Glasmachers zu den sozialdemokratischen Genossen, Dirsel in sehr abfälliger Weise.

Über nun kommt erst der eigentlicheerrat an der Arbeiterfrage. In der von der Zeitung des christlichen Verbandes anberaumten Konferenz waren auch die Führer des roten Verbandes eingeladen und auch erschienen. In dieser Konferenz wurde aus der Mitte der Glasmacher der Antrag gestellt, die Konvention zum einstweiligen Abbruch eines Tarifvertrages mit den Unternehmern zu erneuern. Dieser Antrag fand mit 48 gegen drei Stimmen Annahme. Schon nach einigen Tagen brachte die sozialdemokratische Presse einen Spezialartikel gegen die Zeitung des christlichen Verbandes, aber gleichzeitig wurde auch in diesem Artikel die weitestgehende Deffektivität in Form einer den oben angeführten Beschäftigten der Streikenden, der doch bis zum Abbruch der Verhandlungen mit den Fabrikanten hätte gehen können, werden sollen. Das durch dieses arbeiterverräterische Treiben nur den Führern des Verbandes, aber nicht den Jüngern der streikenden Glasmacher gebildet worden ist, liegt klar auf der Hand. Es geht uns aber auch diese neueste „Gangart“ der „ältesten Arbeiterbestreiter“ wiederum, daß diese Leute die wacklige und unsichere Vertretung der Arbeiterinteressen nicht, dagegen Agitation und demagogischer Singsang alles ist.

Die Sozialdemokratie als Fort der Reichsunzufriedenheit. Die „Müh. Volkstg.“ erwähnte kürzlich ein „wichtiges Bild“ aus dem „Wahren Jakob“, dem sozialdemokratischen Zentralblatt. Das Bild sollte die sieben Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung im Reichstag vorstellen, wie sie nach anfänglicher Weigerung unter der strengen Aufsicht des Episkops und Gröber“ folgten die Emppe auslösten. Der Bild ist völlig deplaziert, weil fast alle

Arbeiterabgeordneten gegen die Konsumsteuer stimmen entgegen der Stellung ihrer Fraktion. Auch stehen nicht alle christlichen Arbeiterabgeordneten unter der „Aufficht von Episkop und Gröber.“ Mit dem „Bild“ soll jedenfalls gesagt werden, daß die Sozialdemokratie eine derartige „Tyrannei“, wie sie in dem „köstlichen Bild“ geschildert wird, nicht kennt.

Demgegenüber möchten wir von dem uns zur Verfügung stehenden reichhaltigen Material nur eine Auserwählung aus der jüngsten Zeit herausgreifen, die geeignet ist, die bei den Genossen herrschende „Meinungsfreiheit“ zu beleuchten. Das „Hamburger Echo“ (Nr. 144, Beilage) erklärte jüngst in einem Artikel: „Parteidisziplin und freie Meinungsäußerung“ folgendes:

Steht beispielsweise die Partei in einem schweren Kampfe gegen die Erhöhung der Kornzölle, wie es in den Jahren 1901/02 der Fall war, so wäre es eine große Disziplinwidrigkeit und offenbar eine Schädigung der Partei, wenn ein Genosse etwa in der Öffentlichkeit für die Notwendigkeit oder Unsinnigkeit der landwirtschaftlichen Schutzzölle — sei es auch noch so sehr seine wirtschaftliche Überzeugung und geliebte es auch in durchaus wissenschaftlicher Form — plädieren wollte. Wir verlangen von einem solchen Genossen kein Opfer seiner Überzeugung, wenn wir ihm gebieten, jetzt zu schweigen und nicht der Partei in den Rücken zu fallen; wir verlangen auch nicht von ihm, aus der Partei auszutreten, um hier einen abweichenden Ansicht zu äußern, wenn er im übrigen mit den Zielen und Grundgedanken der Partei einig ist, aber er muß jenseitig Takt besitzen, sich im gegenwärtigen Moment die nötige Reserve aufzuerlegen, und steht er an einer Stelle, wo er genötigt ist, Farbe zu bekennen, etwa in dem Parlament, wo über die strittige Frage entschieden wird, so muß er, falls seine Überzeugung es ihm verbietet, gemeinsam mit der Partei zu operieren, von der Stelle weichen, sein Mandat niederlegen ...

Bürger also sozialdemokratische Abgeordnete sich erlauben, was die Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung im Reichstag getan haben, nämlich in einzelnen Fragen abweichend von der Fraktion zu stimmen, so würde ihnen der Stuhl vor die Türe gesetzt. Das ist sozialdemokratische Meinungslosigkeit: Wer nicht pariert, der fliegt.

Der „Wahre Jakob“ würde jedenfalls in den eigenen Reihen einen viel reichhaltigeren Stoff für derartige Witz finden. A. propos, weil wir gerade auf der Materialsuche sind, wie wäre es, wenn der „Wahre Jakob“ sich mit der Person seines eigenen Redakteurs vornähme? Dessen Beteiligung an der „Hörsängerei“ der württembergischen „Sieben“ gäbe doch eine herrliche Gelegenheit zu einer ungelungenen Satyre über die Prinzipienlosigkeit und — Meinungslosigkeit innerhalb der Sozialdemokratie. Man denke, der Redakteur des „Wahren Jakob“, der berufsmäßig den Hygienismus und alle wirklichen und angeblichen Auswüchse des monarchischen Systems zu geißeln und als guter Parteigenosse letzteres nach Möglichkeit zu diskreditieren hat, er beteiligt sich mit sieben seiner Parteigenossen an einem Ausflug der württembergischen Landtagsabgeordneten, folgt demselben einer Einladung des Königs von Württemberg zu einem Gabelsträußchen und — Herz beruhigt sich — erlebt die Ehre, vom König ins Gespräch gezogen zu werden, um — in der von der „Müh. Volkstg.“ erwähnten neuesten Nummer (siehe Titelblatt) gelegentlich der Finanzreform wiederum das monarchische System, dessen Vertreter er erst genötigt zu verurteilen. Hoffentlich macht die „Müh. Volkstg.“ den „Wahren Jakob“, ihr ebenbürtiges Bruderorgan, auf diese herrliche Gelegenheit, den Lesern einen köstlichen Witz zu liefern, aufmerksam.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Der Verband sächsisch-thüringischer Webervereine hat in seiner letzten Vorstandssitzung beschlossen, die Bestrebungen des Verbandes sächsischer Industrieller und des vor kurzem begründeten Verbandes thüringischer Industrieller dadurch zu unterstützen, daß er für seine sämtlichen Mitglieder die Einzelmitgliedschaft in den beiden Verbänden erworben hat. Der Verband sächsischer Industrieller erklärt dadurch eine Stärkung um 149, der Verband thüringischer Industrieller eine solche um 114. Die sächsischen Industrieller werden als Vertreter des Verbandes sächsisch-thüringischer Webervereine Herr Reichstagsabgeordneter Stadtrat Robert Merkel-Neudorf und Herr Fabrikbesitzer Robert Braun in Meerane, in den Verband thüringischer Industrieller Herr Kommerzienrat Knick-Greiz und Herr Fabrikbesitzer Labold, i. Sa. Zwickau und Labold, in Gera, delegiert.

So berichten die Zeitungen. Und die Arbeiter! — Die Frauen von ihren Arbeitgebern allenweil noch lernen, wie sie ihre Berufs- und Standesinteressen wahrzunehmen sollten.

Allgemeine Rundschau.

Allgemeines.

Die Tätigkeit der kommunalen Arbeitsnachweise. Das Zentralblatt der Bundes- und Gewerkschaften veröffentlichte in der Nummer 10 über die in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen öffentlichen Arbeitsnachweise nach dem Stande vom 1. Januar 1909. Danach stellt sich die Beschäftigtenzahl dieser Nachweise für die letzten vier Jahre wie folgt. Es wurden gefunden:

Jahr	angewiesen	geplant	vermittelt
1906	606 772	256 600	459 706
1907	636 583	306 752	489 174
1908	671 926	366 256	460 213
1909	567 568	633 186	330 908

In der verminderten Anzahl und Vermittlungstätigkeit, ferner in der geringeren Zahl der Stellenangebote für das Jahr 1909 lassen sich sehr deutlich die nachteiligen Folgen der Wirtschaftskrise zum Ausdruck kommen. In den nachfolgenden Zahlen der vermittelten Stellen kommt die Bedeutung der einzelnen Nachweise zur Geltung. Es vermittelte Stellen die Kreisweife Berlin 88 767, Frankfurt a. M. 27 622, Köln 25 753, Düsseldorf 25 501, Bielefeld 17 474, Dortmund 17 369, Leipzig 16 000, Breslau 12 526, Kiel 12 372, Chemnitz 11 779, Elberfeld 9 814, Erfurt 9 803, Regensburg 9 513, Hannover 9 338, Eisenach 9 330, Wiesbaden 7 970, Bremen 7 500, Nürnberg 6 939, Karlsruhe 6 638, Königsberg 5 569, Kassel 5 487, Göttingen 5 329 usw. Am 1. Januar 1909 waren insgesamt 204 Kreisweife nachweise vorhanden gegen 222 am 1. Januar des Jahres 1908.

Die Verunglückungsgefahr bei Frauen und Männern. Da ein großer Teil der Männer viel höheren Berufsgefahren ausgesetzt ist als die Frauen, so muß auch bei den Männern die Zahl der Verunglückungen wesentlich höher sein als bei den Frauen. Nach einer Zusammenstellung, die das Jahr 1907 betrifft, sind in Preußen 15 443 Verunglückungen mit tödlichem Ausgang vorgekommen, davon kamen 12 344 oder 80% auf Männer und 3099 oder 20% auf Frauen. Am geringsten war der Unterschied bei den Verunglückungen beider Geschlechter im Alter bis zu fünf Jahren. In diesem Alter verunglückten 1417 Angehörige des männlichen Geschlechts und 1017 Angehörige des weiblichen Geschlechts. In der Altersstufe von 5 bis 15 Jahren trat bei den Verunglückungen der Anteil des männlichen Geschlechts schon mehr hervor, auf 1213 Angehörige des männlichen Geschlechts kamen 481 Angehörige des weiblichen Geschlechts. Am meisten aber zeigte sich die hohe Verunglückungsgefahr der Männer in den Altersstufen von 15 bis 60 Jahren, aus denen die Erwerbstätigen in der Hauptmasse bestehen. In diesen Altersgruppen verunglückten insgesamt 9157 Personen, darunter 8208 oder 90% Männer. Auch noch im späteren Alter war die Zahl der Verunglückungen bei den Männern größer als bei den Frauen, doch war der Unterschied schon wieder geringer geworden. Auf 1406 männliche Personen, die im Alter von mehr als 60 Jahren verunglückt waren, kamen 636 weibliche Personen. Abgesehen von kleineren Berufsgruppen war die Verunglückungsgefahr am höchsten im Bergbau.

Und doch sozialdemokratische Konsumvereine! Man will es sozialdemokratisch absolut nicht wahr haben, daß in gewissen Konsumvereinen eine sozialdemokratische Tendenz gepflegt wird und daß darum auch auf dem Gebiete der Konsumvereinebewegung die Wege der Arbeiterbewegung sich trennen müssen: Die Sozialdemokraten, die christlichen Arbeiter! Und doch arbeitet die sozialdemokratische Presse, seitdem es Arbeitergenossenschaften gibt, eifrig darauf hin, sie mit sozialdemokratischem Geiste zu erfüllen, zu Helfertinnen der sozialdemokratischen Partei zu machen. So führt sich beispielsweise der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 6. August (1. Beilage) bemühend, den Konsumvereinen zu sagen: „In Deutschland ist es selbstverständlich, daß die Konsumvereine auch in sozialdemokratischem Sinn agitierten. Bei uns hat man selbst während des Steuerkampfes hier von seitens der Gewerkschaftsbewegung nichts gehört. Wollen die „Genossen“, daß endlich die Konsumvereine mehr von sozialdemokratischem Geiste erfüllt werden, so sollten sie in größeren Massen den Konsumvereinen beitreten. Unfreiwillig vermag der Beitritt zu einem Konsumverein einen Teil der Feuerung weit zu machen und: je mehr Mitglieder den Konsumvereinen angehören, desto leistungsfähiger sind diese und desto eher wird die Konsumleistung in sozialdemokratischem Sinn ausgebaut.“ — Hoch die Konsumvereinebewegung, aber nur, wenn sie im sozialdemokratischen Sinn agitiert! Bei der Sozialdemokratie ist alles Mittel zum Zweck. Politik, Sozialpolitik, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, alles nur Agitationsmittel für die Partei. Man kann die christlichen Arbeiter wirklich nicht dumm scheitern, wenn sie ihre eigenen Wege gehen. Sie müssen!

Berichtigung.

In der letzten Nummer ist in dem Bericht aus Frankfurt ein böser Fehler stehen geblieben. Es muß heißen statt Vortrag über Reichsfinanzreform Vortrag über Reichsversicherungsordnung.

Veranstaltungskalender.

- Barmen. 28. August, 8 1/2 Uhr, bei Bergshoven, Winterstr. Brand.
- Bonn. 29. Aug., 10 1/2 Uhr, bei Bongenberg.
- Coesfeld. 3. September, 8 1/2 Uhr, im Lokale des Arbeitervereins.
- Dachau (Bayer). 5. September, 2 Uhr, bei Gasthof Meyer.
- Dorabach. 29. August, 6 Uhr, bei Ww. Hohnen an der Kirche, Generalversammlung.
- Döhrns-Büffel. 29. August, 3 Uhr, bei Vottaß.
- Hege bei Kl. Stadbach. 29. August, 1/6 Uhr, bei Voersch. Pflanzeng.
- Leipzig. 5. September, 8 Uhr, im Hotel Terminus.
- Langenberg (Rheinl.). 28. Aug., 8 Uhr, im Restaurant am Rathaus (E. Friedler).
- Mühlhausen in Thüringen. 4. September, 8 1/2 Uhr, bei Geier u. Scholze, Felsbacherstr., christl. Gewerkschaftsberf. Kreisberf.
- Reutern. 28. August, 9 Uhr, bei Anton Kommerberber, Markt.
- Oberrhein. 5. September, 4 1/2 Uhr, bei R. Dismann, Kreisberf. öffentliche Versammlung.
- Rheinf. 3. September, 10 Uhr, bei Paffen.
- Rödingen. 29. August, 11 1/2 Uhr, bei August Heyd, Generalversammlung.
- Schaag. 29. August, 6 Uhr, bei Franz Müllmeister.
- Schiffbr. 1. September, 8 1/2 Uhr, bei Schmidt.
- Sierke. Bezirk Hamn. 5. September, 10 1/2 Uhr, bei Ww. Herrsch.

I. Bezirk (Krefeld).

Samstag, 26. September, nachmittags punkt 2 Uhr findet die Bezirkskonferenz statt.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht;
2. Das neue Unterstützungswesen;
3. Statistik;
4. Agitation.

J. A.: Der Bezirksvorsitzende J. Besch.

NB. Ort und Lokal wird später bekannt gegeben. D. O.

II. Verbandsbezirk (M.-Gladbach).

Die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 26. September, nachmittags 2 1/2 Uhr statt. Tagesordnung und Tagungsort wird durch Schreiben den Ortsgruppen zugehen. Die Zahl der Delegierten (§ 40 und 43 des Statuts) zur Konferenz sind, wo solche noch nicht gerichtet, nachträglich vorzunehmen und dem Unterzeichneten mitzuteilen.

Witz. Hermes, Bezirksvorsitzender.

III. Verbandsbezirk (Aachen).

Die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 5. September in Aachen, im Lokale des Herrn Hof. Franken, Kleinmarschierstraße 19, statt. Anfang punkt 10 1/2 Uhr vormittags.

Die Tagesordnung wird den Ortsgruppen durch Schreiben bekannt gegeben.

Die Wahl der Delegierten zur Konferenz erfolgt gemäß § 40 und 43 unseres Verbandsstatuts.

J. A.: Ewald Weber, Bezirksvorsitzender.

IV. Verbandsbezirk (Barmen).

Unsere Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 26. September, morgens punkt 10 Uhr beginnend, in Elberfeld im Reichshof, Neustraße 16, statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden und Bericht der Delegierten.
2. Bericht über die Tätigkeit der Branchenkommissionen. (Kollege Arnold Hamacher.)
3. Vortrag über Agitation. (Kollege Ernst Blankenagel.)
4. Vortrag über die Ideale der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. (Kollege Ewald Bollmann.)
5. Wahl des Bezirksvorsitzenden.

Die Ortsgruppen werden gebeten, in den nächsten Mitgliederversammlungen die Konferenz-Delegierten zu wählen (§§ 40 und 43 des Statuts), und sind die genauen Adressen derselben bis spätestens 15. September dem Unterzeichneten mitzuteilen.

S. Fahrbrach, Bezirksvorsitzender.

V. Verbandsbezirk (Westliches Münsterland).

Die diesjährige Konferenz unseres Bezirks findet am Sonntag, den 12. September in Coesfeld im Lokale des Herrn Kleinherne, Lettestraße, statt. Beginn 11 1/2 Uhr vormittags. Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden und Bericht der Delegierten, 2) Die Angriffe der Sozialdemokraten auf unseren Verband und unsere Stellung hierzu, 3) Vortrag über den Wert statistischen Materials, 4) Verschiedenes.

J. A.: Adolf Venjing, Bezirksvorsitzender.

VI. Verbandsbezirk (Münster).

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 29. August in Dornbrück im Gewerkschaftslokal Stürer, Johannisstr. 86, statt. Beginn punkt 1 Uhr nachmittags.

Tages-Ordnung:

- 1) Geschäftsbericht;
- 2) Vortrag und Erläuterung über das neue Unterstützungswesen;
- 3) Vortrag über den Wert statistischen Materials;
- 4) Vortrag über Agitation.

J. A.: S. Camps, Bezirksvorsitzender.

VII. Verbandsbezirk (Bayern).

Die Bezirkskonferenz findet statt: Sonntag, den 29. August im katholischen Vereinshaus (Parkhotel) in Rempten im Allgäu. Beginn vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden, 2) Erläuterung über die Handhabung des Formulars für die Unterstützungseinrichtungen unserer Verbände, 3) Vortrag über Agitation, Referent: Arbeitersekretär Kollege Bengl-Rempten, 4) Verschiedenes.

J. A.: Peter Geier, Bezirksvorsitzender.

XII. Bezirk Bamberg-Gulda.

Agitationskonferenzen finden statt: Für die im nördlichen Bayern gelegenen Ortsgruppen am 19. September in Bamberg. Für die in Hessen gelegenen Ortsgruppen am 26. September in Fulda.

Die Ortsgruppen werden gebeten, nach §§ 40 und 43 der Verbandsstatuten Delegierte zu wählen. Tagungsort und Tagesordnung wird den Ortsgruppen noch durch Schreiben bekannt gegeben.

Gerh. Müller, Bezirksleiter.

XIII. Bezirk: Thüringen-Sachsen-Brandenburg.

Bezirkskonferenzen finden statt: Gau Vogtland: Am 5. September in Greiz im „Volkshelm“, Stadstraße. Gau Oberlausitz: Am 12. September in Bittau in der „Volkshaus“. Gau Niederlausitz: Am 3. Oktober in Cottbus im „Evangelischen Vereinshaus“, Spreestraße.

Anfang jeweils 10 Uhr vormittags.

Tages-Ordnung:

- 1) Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden und Bericht der Delegierten;
- 2) Unterstützungswesen und Statistik;
- 3) Wie gestalten wir unsere Versammlungen zweckmäßig und anziehend?
- 4) Verschiedenes, Wünsche und Anträge.

Die Ortsgruppen sollen in ihren nächsten Versammlungen Delegierte wählen (§§ 40 und 43 des Statuts).

Ernst Kummeler, Bezirksleiter.

Mitglieder, agitiert für den Verband!